

Rede von Marek Meyer (SPD) zum Haushaltsentwurf der Stadt Hattersheim für das Jahr 2021

17. Dezember 2020 – aufgrund der Corona-Situation in schriftlicher Form vorgelegt

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben diesmal eine Haushaltsberatung unter besonderen Umständen. Die Corona-Pandemie hat schon im Verlauf des Jahres zu einigen Änderungen im politischen Ablauf geführt: ausgefallene Termine, reduzierte Teilnehmerzahlen, große Abstände im Sitzungssaal und zuletzt sogar mit Maske. Die Fraktionssitzungen fanden seit April nur als Videokonferenzen statt. All das hat uns bis in die Haushaltsberatungen begleitet. Es gab viel zu improvisieren – das haben wir gemeinsam, auch über die Fraktionsgrenzen hinweg, und in guter Zusammenarbeit mit der Verwaltung geschafft.

Aber die größeren Auswirkungen der Pandemie sind nicht in unseren Abläufen zu finden, sondern in den Auswirkungen auf die Menschen in unserer Stadt. Die Einschränkungen und Veränderungen haben jeden betroffen – auf die eine oder andere Weise. Einschränkungen des öffentlichen Lebens, Restaurantbesuche mal mit Einschränkungen oder zeitweise auch gar nicht, Eltern mussten sich spontan um Kinderbetreuung oder Homeschooling zu Hause kümmern, Arbeitnehmer waren plötzlich im Homeoffice oder in Kurzarbeit. Kulturangebote, Sportbetrieb der Vereine, und andere Angebote von Stadt, Vereinen und weiteren Anbietern waren und sind ständig wechselnden Einschränkungen unterworfen.

Bevor ich auf den Haushalt eingehe, möchte ich zunächst einen Dank loswerden: zunächst an alle Einwohner dieser Stadt, die sich doch zum allergrößten Teil an die Beschränkungen halten, die kreativ eigene Wege finden mit der Situation umzugehen, und nicht verzagen, sondern immer weiter ihren Alltag im Rahmen der Möglichkeiten gestalten. In dieser Zeit sind alle gefordert sich verantwortlich zu verhalten und füreinander zu sorgen – unsere Hattersheimer Mitbürger tun dies, dafür vielen Dank.

Ebenso muss man den Verantwortlichen in den Regierungen und Behörden danken, die in dieser außergewöhnlichen Situation den Überblick behalten, ständig neue Erkenntnisse gewinnen und täglich Abwägungen treffen, um unsere Gesundheit zu schützen und gleichsam auch das soziale Leben und die Wirtschaft aufrecht zu erhalten.

Ich wollte diese Worte vorausschicken um deutlich zu machen, dass wir zwar in der Haushaltsdebatte hauptsächlich über Zahlen reden, dass die Menschen im Land und in

unserer Stadt aktuell aber viel unmittelbarer von der Pandemie betroffen sind, als wir das in Haushaltszahlen ausdrücken können.

Die Pandemie geht auch am städtischen Haushalt nicht spurlos vorbei. Die Corona-Pandemie hat uns eine Rezession beschert, die zu Einnahmeausfällen für die Stadt führt. Am stärksten trifft uns das bei der Gewerbesteuer und der Einkommensteuer. Der Ausfall wird jedoch teilweise durch Hilfsprogramme der Bundes- und Landesregierung gemildert.

Helfen wollen wiederum auch wir hier vor Ort – und zwar denjenigen Vereinen und Organisationen in unserer Stadt, die durch die Corona-Krise in existenzielle Schwierigkeiten geraten. Meine Fraktion hat einen entsprechenden Haushaltsantrag gestellt, und ich bin froh, dass wir diesbezüglich einen Konsens mit dem Bürgermeister finden konnten, um Hattersheimer Vereinen in Notlagen zu helfen.

Ausgabenniveau und langfristige Schulden

Trotz der Ausgleichszahlen des Landes und des Bundes rutscht das ordentliche Haushaltsergebnis ins Minus. Fast eine Million Defizit haben wir im Jahr 2021 zu verkräften. Nur durch den Verkauf von Grundstücken – das Verschmelzen von Tafelsilber – kann dieses Minus ausgeglichen werden.

Eingerechnet sind auch schon pauschale Minderausgaben von mehr als 800.000 €, die die Verwaltung von den zugesagten Finanzmitteln wieder einsparen muss. Um ein Beispiel zu nennen: 350.000 Euro die im Haushaltsplan für die Kinderbetreuung angesetzt sind, sollen durch die Verwaltung direkt wieder eingespart werden.

Schon in den vergangenen Jahren wurden die Ausgaben gegenüber dem Sparkurs der Vorgängerregierung deutlich erhöht. Sowohl bei Sach- und Dienstleistungen als auch beim Personal steigen die Ausgaben Jahr für Jahr. Und rechnen wir die Übernahme der Kindertagesstätte SchokoLaden und die Eingliederung der Stadtwerke raus, werden sogar in diesem Krisenjahr 10 neue Stellen geschaffen. Da ist es kein Wunder, dass der städtische Haushalt trotz guter Gewerbesteuereinnahmen ins Minus rutscht. Für das Jahr 2022 ist aktuell sogar ein noch höheres Defizit von mehr als 4 Millionen Euro prognostiziert.

Ich möchte hervorheben, dass die Stadt Hattersheim seit dem Haushaltsjahr 2015 in jedem Jahr ein Plus im ordentlichen Ergebnis erzielt hat, also schon vor dem Amtsantritt von Bürgermeister Schindling. Diese Entwicklung war das Ergebnis des Sparkurses von Bürgermeisterin Antje Köster. Durch die Ausgabenpolitik von Herrn Schindling sind wir wieder ins Minus gerutscht. Das ist erschreckend – ich hätte nicht gedacht, dass die Haushaltsdisziplin nach den harten Sparanstrengungen so schnell in Vergessenheit gerät.

Zu erwähnen ist auch die Festlegung der Kassenkredite: bis 15 Millionen Euro sind für kurzfristige Schulden vorgesehen. Damit wird ein deutlich höheres Kreditvolumen eingeräumt als in den Vorjahren. Dabei sollen die Kassenkredite am Jahresende auf null zurückgeführt sein.

Insgesamt sieht der vorgelegte Haushaltsentwurf eine rechnerische Neuverschuldung von 3,9 Millionen Euro vor. Schaut man sich auch die Zahlen über die Folgejahre an, dann

werden bis zum Jahr 2024 weitere Schulden in erheblicher Höhe aufgenommen. Bis 2024 wird die Stadt Hattersheim voraussichtlich einen Schuldenstand von 59 Millionen Euro erreichen.

Bei diesen Zahlen machen wir uns Sorgen um die langfristige Handlungsfähigkeit der Stadt. Wir geraten so möglicherweise schon bald wieder in eine Lage, wo wir einen erheblichen Schuldenberg abtragen müssen.

All dies ist noch mit teilweise optimistischen Annahmen gerechnet. Um mal ein konkretes Beispiel zu nennen: So wird für das Jahr 2021 mit Mieteinnahmen von 130.000 € für die Stadthalle geplant. Ich halte diese Mieteinnahmen angesichts der Corona-Pandemie schon aus heutiger Sicht für zu optimistisch. Wir werden auch im kommenden Jahr mit Einschränkungen bei Veranstaltungen und Gastronomie rechnen müssen – daher sind Zweifel angebracht, ob wir aus der Saalmiete oder durch einen Gastronomiebetrieb einen sechsstelligen Betrag aus Vermietung einnehmen können.

Fehlkalkulation und mangelnde Kostenkontrolle bei der Stadthalle

Erstaunt und bestürzt waren wir über die erneuten Mehrkosten für die Stadthalle. Nachdem schon im August 2019 ein Nachtragshaushalt beschlossen werden musste, weil die Sanierung der Stadthalle teurer werden sollte, werden wir jetzt schon wieder mit weiteren Zusatzkosten konfrontiert. Insgesamt werden mittlerweile mehr als 10 Millionen Euro veranschlagt, anstelle der ursprünglich geplanten 5,5 Millionen Euro. Da muss man sich schon fragen, woran es liegt: entweder wurde fehlerhaft und nachlässig geplant, oder die Projektsteuerung und Kostenkontrolle hat versagt.

Die politische Verantwortung für dieses finanzielle Desaster liegt bei Ihnen, Herr Bürgermeister. Sie sollten auch nicht wieder versuchen, die Schuld auf andere zu schieben, wie Sie das nur zu gerne an vielen Stellen machen. Diese Mehrkosten haben Sie zu verantworten, niemand sonst.

Uns haben auch die Erklärungsversuche für die Mehrkosten verwundert. Es taucht nun ein neuer Posten „Möblierung Stadthalle“ auf, als ob vorher keine Möblierung eingeplant gewesen wäre. Lieber Herr Bürgermeister, wir sind bei den bisherigen Kostenschätzungen für die Sanierung der Stadthalle immer davon ausgegangen, dass Sie die Möbel in den bisherigen Zahlen eingeplant hatten. In den Beratungen im Ausschuss mussten wir dann erfahren, dass die Möbel in den ursprünglichen Kalkulationen absichtlich nicht als Investitionskosten eingeplant waren – stattdessen wurde mit der Annahme gearbeitet, man könne hinterher Möbel leasen und damit die Investitionskosten niedriger halten. Jetzt stellt sich diese Annahme als falsch heraus – ein Leasing der Möbel ist jetzt nicht mehr möglich, wie uns im Ausschuss wortreich erläutert wurde.

Auch eine weitere Position im Investitionsplan taucht neu auf: „Nachrüstung Stadthalle“. Die sanierte Stadthalle muss also nach der Sanierung erst nachgerüstet werden, damit sie wieder genutzt werden kann? Das alles erscheint uns seltsam und wenig nachvollziehbar.

Wir bemängeln insbesondere die fehlende Transparenz bei der Kostenplanung. Es war von vornherein klar, dass man eine Halle möblieren muss, um sie anschließend benutzen zu

können. Die Investitionen für diese Möbel hätten von Anfang an transparent im Investitionsplan aufgeführt werden müssen. Wir müssen uns schon fragen, ob Sie jetzt alle Fakten auf den Tisch gelegt haben, oder ob in einem halben Jahr weitere Erhöhungen kommen. Uns fehlen mittlerweile die Transparenz und das Vertrauen in die politisch Verantwortlichen.

Um eines klarzustellen: wir als SPD stehen auch weiterhin zur Sanierung und Nutzung der Stadthalle. Wir wollen, dass die Halle für die Kultur und die Vereine in Hattersheim wieder nutzbar gemacht wird. Dazu stehen wir weiterhin. Wenn jemand anderes behauptet, dann ist das gelogen.

Wir erwarten aber von Ihnen, Herr Schindling, dass Sie das Vorhaben im Kostenrahmen umsetzen. Wir hatten bei der Verabschiedung des Nachtragshaushalts Verständnis dafür, dass die Kosten höher geworden sind, weil die ersten Planungen zu schnell und optimistisch erstellt wurden – da ging Geschwindigkeit vor Gründlichkeit. Der damals erhöhte Kostenrahmen von 8,45 Millionen wurde uns aber von Ihnen als angemessen und einhaltbar angepriesen. Wir erwarten jetzt von Ihnen, dass Sie die Sanierung auch mit diesem Betrag umsetzen.

Wir haben in den Haushaltsberatungen einige Anträge für Investitionen gestellt, die Sie, liebe Kollegen von der Koalition, alle abgelehnt haben mit der Begründung, es sei nicht finanzierbar. Wenn der Bürgermeister die Kosten der Stadthallensanierung besser im Griff hätte, wären viele unserer Vorschläge schon finanziert.

Wir kritisieren diesen leichtfertigen Umgang mit den Steuergeldern der Hattersheimer Bürgerinnen und Bürger.

Unsere Prioritäten – Kinder, Verkehr, bezahlbares Wohnen

Wenn wir den Haushalt aufgestellt hätten, dann hätten wir andere Prioritäten gesetzt. Für uns hätten Kinder und der Verkehr mehr Aufmerksamkeit erhalten. Wir hätten mehr für die Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung getan. Wir hätten uns stärker um die Umsetzung von Maßnahmen für bessere Nahmobilität gekümmert. Und wir hätten auch Maßnahmen ergriffen, damit Wohnen in Hattersheim bezahlbar bleibt – beispielweise durch die Einführung eines Mietspiegels oder die finanzielle Bezuschussung von Sozialwohnungen.

Mehr Engagement für Kinder notwendig

Im Bereich der Kinderbetreuung hätten wir zwei Herausforderungen angepackt: die Kita-Gebühren und den Platzmangel im Stadtteil Eddersheim.

Seit zwei Jahren zahlen Eltern für Kindergartenplätze deutlich weniger – möglich gemacht durch Landeszuschüsse. Vergessen wurden dabei aber die Kinder im Alter unter 3 Jahren: die Gebühren in den Kinderkrippen wurden leider nicht gesenkt. Eltern zahlen für einen U3-Betreuungsplatz inklusive Essensgeld bis zu 600 € pro Monat in Hattersheim. Ein solcher Betrag ist für viele Eltern schwer zu schultern. Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und den Wiedereinstieg in das Arbeitsleben muss eine Senkung der U3-Gebühren erreicht werden.

Am liebsten wäre uns natürlich auch eine Unterstützung durch das Land – aber darauf können wir nicht warten. Deshalb wollen wir eine Senkung der U3-Gebühren in Hattersheim auch dann, wenn es keine Landesförderung gibt. Unsere Vorstellung ist eine stufenweise Reduzierung der Gebühren. Eine Senkung um 10% haben wir für das Haushaltsjahr 2021 beantragt. Diese Senkung wäre finanziell machbar, wenn an anderer Stelle sparsamer mit dem Geld umgegangen wird. Dazu haben wir in den Haushaltsberatungen Vorschläge gemacht.

Sie, liebe Koalition aus CDU, FWG und FDP, haben gegen die von uns beantragte Senkung der U3-Elternbeiträge gestimmt. Halten Sie monatliche Gebühren von 600 € für angemessen? Sehen Sie keinen Handlungsbedarf in diesem Bereich?

Eine weitere Herausforderung sind die fehlenden Kindergartenplätze im Stadtteil Eddersheim. Nach unserer Auffassung muss unser Anspruch sein, dass wir jedem Kind einen Betreuungsplatz in seinem Stadtteil anbieten. Eine Unterbringung in Kitas in anderen Stadtteilen mag zwar rechtlich zulässig sein, aber familienfreundlich ist es ganz sicher nicht.

Zur Lösung dieser Herausforderung brauchen wir daher zweierlei: die Investition in die Schaffung von dauerhaften Kapazitäten durch Neubau, sowie kurzfristige Maßnahmen zur Bereitstellung vorübergehender Platzangebote, bis die Neubauten fertig sind. Allein die Hoffnung auf die Sanierung eines einzelnen denkmalgeschützten Gebäudes zu stützen halten wir für nicht ausreichend. Wir brauchen zusätzlich eine Erweiterung der städtischen Kita in Eddersheim durch einen größeren Neubau, in dem mehr Gruppen unterkommen können.

Ich möchte Sie, Herr Bürgermeister Schindling, an eine Ihrer ersten Amtshandlungen erinnern: Sie haben im Jahr 2017 die bereits beantragten und bewilligten KIP-Fördermittel für die Kita-Erweiterung in Eddersheim umgewidmet und einer anderen Nutzung zugeführt. Hätten wir damals diese Mittel für die Schaffung von Kita-Plätzen genutzt, dann würden heute die Eltern in Eddersheim keinen Betreuungsnotstand haben.

Dabei ist das kein Einzelfall. Wir erinnern uns auch an den Bau des Ölmühlen-Quartiers: dort wurden viele Wohneinheiten gebaut, ohne dass zeitgleich ein Kindergarten gebaut wurde. Bei zukünftigen Baugebieten muss das besser werden – Investoren müssen sich wieder finanziell am Bau von Kitas beteiligen, und die Kita muss stehen, bevor die ersten Familien einziehen.

Mehr Taten statt nur Ankündigungen bei Verkehr und Nahmobilität

Ein anderer Bereich, der uns im Haushalt und der Umsetzung zu kurz kommt, ist der Verkehr. Wesentliche Verkehrsprojekte wurden in den vergangenen Jahren zwar diskutiert, passiert ist bislang aber noch sehr wenig. Okriftel und Eddersheim warten beispielsweise weiterhin auf die Umgehungsstraße. Auch die Bahnschranke in Eddersheim hebt und senkt sich täglich, unverändert wie seit Jahren.

Ein Gesamtkonzept für den Verkehr – zentraler Bestandteil des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK) – kommt nur schleppend voran. Erst mit den Unterlagen für diese Stadtverordnetenversammlung liegen erste Ergebnisse einer Verkehrszählung vor.

Also mehrere Jahre nach dem Beschluss des Stadtparlaments, dass dieses Konzept erstellt werden soll. Eine Ausschreibung für die Erstellung des Konzepts durch einen Dienstleister wird erst jetzt vorbereitet. Bis das Konzept fertig ist und die Bagger rollen werden weitere Jahre vergehen. Auch auf den barrierefreien Umbau des Hattersheimer Bahnhofs warten wir weiterhin auf die Planung; und für Eddersheim liegt der Umbau des Bahnhofs in noch weiterer Zukunft.

Neben dem Auto- und Bahnverkehr ist auch die Nahmobilität wichtig: viele Hattersheimer wollen kurze Strecken gerne mit dem Fahrrad oder zu Fuß zurücklegen, wenn es sicher und bequem ist. An mehreren Stellen besteht Handlungsbedarf – es gab zunächst einen aufwändigen Nahmobilitäts-Check und dann wurden uns von der Stadtverwaltung konkrete Maßnahmen in einem Maßnahmenkatalog für den Radverkehr und Fußverkehr vorgeschlagen. Um diese Maßnahmen umzusetzen muss man aber Geld im Haushalt einplanen. Wir finden jedoch nur einen kleinen Teil der Maßnahmen konkret im Investitionshaushalt abgebildet. Wir haben den Haushaltsantrag gestellt, mehr Investitionsmittel für diese Maßnahmen zur Verbesserung der Nahmobilität einzuplanen. Dieser Antrag wurde von Ihnen, liebe Koalition, abgelehnt. An diesem Beispiel sieht man einmal mehr: es werden von der Verwaltung oder durch Dienstleister nette Konzepte erstellt und veröffentlicht, aber die tatsächliche Umsetzung wird ausgebremst. Nicht einmal die Realisierung der Fahrradstraße in der Weingartenstraße – die sehr günstig mit etwas Farbe und ein paar Schildern möglich gewesen wäre, wurde bislang umgesetzt.

Wir, sehr geehrte Damen und Herren, sind mit dem Fortschritt nicht zufrieden. Wir wollen mehr Investitionen in unsere Rad- und Fußwege in Hattersheim. Und wir wollen, dass Verkehrsprojekte zügig umgesetzt werden. Und diese Umsetzung fängt damit an, dass man die nötigen Mittel im städtischen Haushalt einplant.

Erfreulich ist übrigens, dass wir es mit diesem Haushalt endlich geschafft haben, die Straußenausbaubeiträge abzuschaffen. Das hatten wir bereits vor zwei Jahren für den Doppelhaushalt 2019/2020 beantragt – damals wurde der Antrag noch von der Koalition abgelehnt. Jetzt geht es also doch! Aber auch hier gilt: wir hätten es früher beschließen und umsetzen können.

Fazit zum Haushalt 2021

Insgesamt halten wir den vorgelegten Haushalt für nicht ausgewogen, und politische Prioritäten nicht an den richtigen Stellen gesetzt. Das Ausgabenniveau wird dauerhaft erhöht, was in wirtschaftlich schwächeren Phasen zu Defiziten führen wird – wir sehen es gerade. Die langfristigen Schulden steigen an, diese belasten in den Folgejahren über Abschreibungen ebenfalls den Ergebnishaushalt.

Gleichzeitig wurde die Gelegenheit verpasst, in unsere Kinder zu investieren und Eltern zu entlasten. Der Bau neuer Kindergärten kommt nur schleppend voran, und die Elternbeiträge wurden nicht gesenkt. Hier hätten wir als SPD-Fraktion andere Prioritäten zugunsten von Kindern und Eltern gesetzt. Ebenso im Verkehrsbereich, wo wir mehr Investitionen für die Nahmobilität und allgemein eine zügigere Umsetzung von Projekten fordern.

Wir hätten uns einen Haushalt mit anderen Prioritäten gewünscht. Deshalb werden wir dem Haushalt in der vorgelegten Form nicht zustimmen. Wir haben aber die Hoffnung, dass in kommenden Jahren, mit dann vielleicht anderen politischen Mehrheiten, wieder mehr für Familien getan wird.